



Maya Graf, 51, erste grüne Nationalratspräsidentin, Sissach BL

Die höchste Schweizerin will wieder politisieren

In diesen Wochen neigt sich das zweifellos wichtigste Jahr in der bisherigen Politikkarriere der Maya Graf zu Ende. Die Sissacherin war als Präsidentin des Nationalrats während 12 Monaten die offiziell höchste Schweizerin. Zu Beginn der Winter-session 2012 wurde sie mit 173 von 183 gültigen Stimmen als erstes Mitglied der Grünen Partei zur Präsidentin der grossen Kammer gewählt. Ihre Aufgabe als Sitzungsleiterin und Repräsentantin hat sie zur grossen Zufriedenheit ihrer Kolleginnen und Kollegen erledigt. Umsichtig und kompetent führte sie durch die teilweise komplexen und mitunter hitzigen Debatten. Wenn ein Redner zu viel Zeit beanspruchte, wies sie stets charmant, aber entschieden auf die beschränkte Zeit hin.

Nach ihrem Präsidialjahr kann sich die Biobäuerin aus dem Baselbiet wieder ihren politischen Schwerpunkten widmen. Besonders am Herzen liegt ihr die Landwirtschaftspolitik. Dort kämpft sie seit Jahren für eine nachhaltige, umweltverträgliche Ausrichtung. Doch Maya Graf ist beileibe keine Ein-Thema-Politikerin. Nebst den Bauern kümmert sie sich auch um bildungs- und kulturpolitische Fragen sowie die Rechte der Tiere. So verlangt sie etwa zum Schutz der Bienen ein Verbot für gewisse Pestizide. Für das breite, schweizerische Publikum ist sie seit dem Film «Mais im Bundeshaus» ein Begriff. Graf kämpfte dort mit viel Verve und taktischem Geschick gegen die Gentechlobby.

Die Grüne gilt überdies als ausgesprochene Teamplayerin. So spielte sie jahrelang als eine der wenigen Frauen in der Fussballmannschaft des Nationalrats mit. (SSM)

Die Anprangerin

Johanna Bartholdi Egerkingens Gemeindepräsidentin machte säumige Steuerzahler öffentlich

VON STEFAN SCHMID

Die Aktion katapultierte sie auf die Frontseiten der meisten Schweizer Zeitungen. Sogar die deutsche Presse nahm Notiz von der «Lokalpolitikerin aus dem Kanton Solothurn». Johanna Bartholdi (62) ist ohne Zweifel die berühmteste Gemeindepräsidentin der Schweiz. Sie machte an der Gemeindeversammlung von Egerkingen SO vom 3. Juni dieses Jahres die Namen von sechs Bürgern öffentlich, die seit Jahren trotz wiederholter Mahnung ihre Steuern nicht bezahlt haben. Bartholdi rechtfertigt ihre Tat so: «Wenn es Schule macht und es keine Konsequenzen hat, sich Pflichten zu entziehen, dann ist das nicht nur mangelnde Solidarität, sondern ein Verhalten, das unsere ganze Gesellschaft aufs Spiel setzt», schreibt sie in einem Gastbeitrag für das von der Pro Senectute herausgegebene Magazin «Zeitlupe».

«Wenn es Schule macht, sich Pflichten zu entziehen, dann setzt das unsere Gesellschaft aufs Spiel.»

Johanna Bartholdi

Verfahren läuft

Die FDP-Politikerin steht also zu ihrem Verhalten – auch wenn sie deshalb ein Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung und Nötigung am Hals hat. Sollte es zu einer Verurteilung kommen, droht der Politikerin eine Busse oder gar eine Gefängnisstrafe.

Die junge Johanna Bartholdi schlug nach dem Besuch einer Handelsschule in La Neuveville und zusätzlich abgeschlossener Matur den Weg in die Gastronomie ein. Ein denkwürdiges Essen in einem Hotel im bündnerischen Valbella als Jugendliche machte damals so grossen Eindruck, dass sie sich sagte: «So etwas will ich auch machen.» Nach der Hotelfachschule in Glion arbeitete sie in Lausanne und lernte dort ihren Mann, ebenfalls ein Gastronom, kennen. 1982 zog das Paar nach Egerkingen und übernahm dort das neu gebaute «Motel».

1990 wurde das «Motel» verkauft, und Bartholdis schauten sich nach etwas anderem um. Ab 1995 arbeitete Johanna Bartholdi für den Schweizer Cafetierverband in Zürich. Zunächst als Geschäftsführerin, seit 2009 als Verbandspräsidentin mit einem 40-

Prozent-Pensum. Bartholdi hat sich in diesen Jahren in Egerkingen nicht im grossen Stil politisch betätigt, sagt sie. Erst ab 2005 war sie im Gemeinderat zuständig für «öffentliche Bauten», 2009 wurde sie schliesslich Gemeindepräsidentin.

Das Thema Steuervermeidung trieb sie im neuen Amt von Anfang an um. Jedes Jahr musste Egerkingen über hohe Steuerabschreibungen debattieren. «Egerkingen ist ein kleines Dorf mit rund 3000 Einwohnern. Uns fiel auf, dass es über Jahre immer die gleichen Personen waren, die Verlustscheine produzierten», sagt sie. Und so schrieb die Gemeinde im Februar dieses Jahres 68

Briefe an Steuerschuldner und forderte diese auf, sich zu melden. 12 Schuldner habe die Gemeinde schliesslich eindringlich aufgefordert, mit der Gemeindeverwaltung Kontakt aufzunehmen.

Die Kritik des Datenschützers

Bartholdi hält ihre Aktion für legitim: Die Willensnation Schweiz könne nicht tolerieren, dass es Bürger gebe, die sich der Selbstverantwortung für eine funktionierende Gemeinschaft entzögen. «Wir alle müssen uns bewusst werden, dass unsere Freiheit, unser Wohlergehen von der Solidarität getragen sind», schreibt Bartholdi. Darum dürfe sich gesellschaftsschädigendes Verhalten nicht hinter dem Amtsgeheimnis und/oder dem Datenschutz verstecken.

Nicht einverstanden mit dieser Sichtweise ist der eidgenössische Datenschützer Hanspeter Thür. «Eine Behörde muss sich bei der Durchsetzung ihrer Anliegen stets an den gesetzlichen Rahmen halten.» Das schütze uns vor staatlicher Willkür. «Unsere Steuergesetze geben nicht das Recht, säumige Steuerzahler an die Öffentlichkeit zu zerren.» Es gebe ein klar definiertes Verfahren, um Steuern einzutreiben: Der Säumige kann betrieben werden, und der Betriebsbeamte hat die Pflicht, alles, was über dem (sehr tiefen) Existenzminimum liegt, zu pfänden. Das oberste Ziel sei, so Thür, dass ein Ge-

meinwesen auf legalem Weg zu seinem Geld komme.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn sucht im Augenblick nach Bürgern, die gegen Bartholdi eine Aussage machen wollen. Bis jetzt seien drei Anzeigen eingegangen, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Wann das Verfahren abgeschlossen werden kann, ist noch offen. Bartholdi ihrerseits fühlt

sich von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen. 98 Prozent der vielen Zuschriften, die sie erhalten habe, seien positiv ausgefallen, hält sie fest. Viele hätten ihr für den

Mut gedankt, die Namen der säumigen Steuerzahler öffentlich zu machen.

Johanna Bartholdi, 62, Gemeindepräsidentin von Egerkingen SO, hat mit dem Thema Steuerpranger für Schlagzeilen gesorgt.



Pirmin Bischof, 54, CVP-Ständerat Kanton Solothurn

Kompetenter Wirtschaftspolitiker

Der Anwalt gehört zu den Schnellstartern. Obwohl erst seit 2007 im Bundeshaus, gehört er dort unbestritten zu den führenden Köpfen. Innerhalb der CVP gilt er als heisser Anwärter auf das Amt des Fraktionspräsidenten. Die Wahl findet Anfang 2014 statt. Doch Bischofs Name fällt auch immer wieder, wenn es um die Nachfolge von Doris Leuthard im Bundesrat geht. Der Solothurner politisiert exakt in der Mitte der Mittepartei CVP – entsprechend wohlgehiteten ist er im rechten wie linken Flügel der Partei. (SSM)



Baschi Dürr, 36, FDP-Regierungsrat Basel-Stadt

Keine lange Anlaufzeit

Baschi Dürr hat in den Monaten seit seiner Wahl bereits einiges in seinem Justiz- und Sicherheitsdepartement durcheinandergewirbelt. Die Dauerbaustelle Sanität hat er mit einem harten Eingriff in den Griff bekommen. Der Streit zwischen Staatsanwaltschaft und Sicherheitsdirektor um die Kommunikation scheint beigelegt. Und die Misstöne aus der Feuerwehr sind seltener geworden. Nicht schlecht für den zu Anfang belächelten Glatzkopf, der einen halben Tag pro Woche Zeit für die Familie haben wollte. (DRE)



Anita Fetz, 56, SP-Ständerätin Basel-Stadt

Die hartnäckige Städterin

Seit mittlerweile zehn Jahren politisiert die selbstständige Unternehmensberaterin in der kleinen Kammer. Dort gehört die moderate Sozialdemokratin zu den wichtigen Stimmen. Insbesondere setzt sie sich unermüdet für die Anliegen der Städte ein. Das fällt im Ständerat alleine schon deshalb positiv auf, weil viele Kantonsvertreter selber auf dem Land wohnen und somit eine vornehmlich rurale Perspektive einbringen. Fetzs scheint Gefallen an ihrem Amt zu haben. Mit einer erneuten Kandidatur ist daher zu rechnen. (SSM)



Andreas Glarner, 51, SVP-Grossrat, Oberwil-Lieli AG

Immer mit dem Zweihänder

Der Mann polarisiert wie kaum ein Zweiter. Das Prädikat Hardliner ist für ihn keine Beleidigung, sondern Auszeichnung. Der Präsident der Aargauer Grossratsfraktion der SVP ist ein Mann fürs Grobe. Mit rüden Attacken gegen die politischen Gegner und Wahlslogans hart an der Grenze («Maria statt Scharia») eckt er immer wieder an, aber das scheint ihn nicht zu berühren und macht ihn nur noch bekannter. Und der Erfolg gibt ihm recht: Er wurde bei den letzten Wahlen mit dem Bestresultat im Wahlkreis wiedergewählt. (MOU)



Doris Leuthard, 50, Bundesrätin der CVP aus dem Kanton Aargau

Starke Frau in der Regierung

An Doris Leuthard ist schon seit geraumer Zeit kein Vorbeikommen. Doch als Ämterbeste wird ihr in der Landesregierung eine spezielle Rolle zuteil. Die CVP-Politikerin führt mit dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation das Schlüsselressort. Als klassische Mittelpolitikerin prägt sie entscheidend die politische Ausrichtung des Bundesrats. Neuesten Gerüchten zufolge will Leuthard über die Wahlen 2015 hinaus Bundesrätin bleiben und nochmals Bundespräsidentin werden. (SSM)